

Brandenburg (SPD und Linkspartei 2009-2013)

Die europäische Einigung ist ein historisch einmaliges Projekt der Sicherung des Friedens, der Stabilität, der Sicherheit und des Wohlstands auf unserem Kontinent. Brandenburg bekennt sich nachdrücklich zur weiteren europäischen Integration und zum Vertrag von Lissabon. Wir werden uns aktiv in die Debatte um die Zukunft der Europäischen Union einbringen.

Brandenburg setzt sich für ein wettbewerbsfähiges und soziales Europa ein. Die Koalitionspartner werden sich in Abstimmung mit den Gewerkschaften für ein neues Verhältnis von sozialen Grundrechten und wirtschaftlichen Grundfreiheiten in den Europäischen Verträgen einsetzen. Die Landesregierung wird ihren Beitrag zur Vorbereitung des Landes auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle EU-Ausländer ab dem 1. Mai 2011 leisten.

Mit den Erweiterungen der Europäischen Union in den Jahren 2004 und 2007 haben die Beziehungen nach Ost-, Mittel- und Südeuropa innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft einen neuen Stellenwert erhalten. Vor diesem Hintergrund und wegen seiner eigenen Transformationserfahrungen versteht sich Brandenburg als eine europäische Region mit einer besonderen Scharnierstellung zu den mittel- und osteuropäischen Nachbarn und wird seine Politik entsprechend ausrichten. Das Land wird seine Erfahrungen und Interessen frühzeitig in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess der Europäischen Union einbringen und dabei seine Vertretung bei der EU sowie seine Mitwirkungsrechte nutzen, die sich künftig im Rahmen des Lissabon-Vertrages und der nationalen Begleitgesetzgebung erheblich verbessern.

Die Außenwirtschaft des Landes und die Unterstützung von KMU zur Markterschließung und behauptung im Ausland werden weiter gestärkt. Dabei werden die Märkte in Mittel- und Osteuropa sowie die Zukunftsmärkte in Asien und Nordamerika besonders in den Blick genommen. Die Landesregierung wird sich für bestmögliche Bedingungen in der nächsten EU Förderperiode und insbesondere für eine Verstärkung der europäischen Unterstützung der grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit einsetzen.

Wichtigstes Partnerland für Brandenburg ist Polen. Die Zusammenarbeit mit Polen wird insbesondere im Rahmen der Oderpartnerschaft vertieft. Gemeinsam mit unseren Partnern in den Woiwodschaften Lubuskie (Lebuser Land), Zachodniopomorskie (Westpommern), Wielkopolskie (Großpolen) und Dolnośląskie (Niederschlesien) sowie in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen wollen wir eine Verständigung über die Entwicklungslinien für eine gemeinsame Region an Oder und Neiße herbeiführen. Dabei setzt sich Brandenburg besonders für die weitere Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des grenzüberschreitenden Tourismus, die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region sowie für Kooperationen bei Bildung und Ausbildung ein. Das Land wird die Zusammenarbeit der Kommunen über die deutsch-polnische Grenze hinweg und die Entwicklung der Euroregionen weiter unterstützen und fördern. Die Euroregionen sollen sich zu Trägern der grenzüberschreitenden regionalen Entwicklung profilieren.

Für Brandenburg ist die internationale Zusammenarbeit von großer Bedeutung. Die Zusammenarbeit mit den europäischen Partnerregionen wird weiter ausgebaut. Sie soll durch den gezielten Einsatz von Partnerschaftsbeauftragten als Bindeglieder zwischen der Landesregierung, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren und den Partnerregionen eine neue Qualität erfahren. Die Landesregierung wird die Entwicklungspolitischen Leitlinien an die heutigen Bedingungen anpassen.